



Regierungsratsbeschluss vom 26. September 2017

Genehmigung/Umsetzung des Übereinkommens des Europarates zur Verhütung des Terrorismus mit dem dazugehörigen Zusatzprotokoll und Verstärkung des strafrechtlichen Instrumentariums gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität; Vernehmlassung

P171032

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Vernehmlassungsentwurf an das Bundesamt für Justiz.

Begründung

Justiz- und Polizei sollen künftig besser gegen Handlungen vorgehen können, welche die Gefahr eines terroristischen Anschlags erhöhen. Der Bundesrat schlägt deshalb vor, das Strafrecht und weitere Gesetze, die der Strafverfolgung dienen, gezielt anzupassen. Der Regierungsrat hat sich im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zu den geplanten Änderungen geäußert und unterstützt diese.

